

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

II/29

Hannover, 11. April 1947
Telefon 20 9 51 /52

Die schwedische Krise

Ministerpräsident Tage Erlander-Stockholm über ihre Ursachen
Ein Gespräch des schwedischen Staatsmannes mit unserem ständigen
Mitarbeiter Ernst Paul, Stockholm

Anfang April 1947

Seit einigen Monaten haben sich die politischen Gegensätze im sonst so ruhigen Schweden stark zugespitzt. Um die drohende Inflation abzuwehren und die Abwanderung grosser Kapitalien ins Ausland zu stoppen, hat die schwedische Regierung zu einer strengen Importregelung gegriffen und neue Rationierungen von Kaffee, Tee und Kakao eingeführt. Gleichzeitig setzt sie ihre sozialpolitische Aufbauarbeit fort. Der Mehraufwand für soziale Zwecke soll durch eine Steuerreform gedeckt werden, der die hohen Einkommensträger stark belastet und gleichzeitig eine Ermässigung der Steuern für die grosse Masse mit sich bringt.

Gegen diese Politik der sozialdemokratischen Regierung haben sich die bürgerlichen Parteien des Landes zu einem konzentrischen Angriff gesammelt.

Tage Erlander, der die ihm nach dem Tode Per Albin Hansons übertragene schwere Aufgabe als Partei- und Regierungschef ausgezeichnet meistert, war gern bereit, die aktuelle Lage zu erläutern.

"Wir befinden uns in einer politischen Krise", beginnt der Ministerpräsident das Gespräch. "Das Grosskapital wendet sich gegen die soziale Ausgleichspolitik der Regierung und die bürgerlichen Parteien leisten ihr willig Hilfe. In 14 Monaten ist unser Bestand an Devisen von 1546 auf 609 Millionen Kronen zurückgegangen und der Goldbestand von 1734 auf 1114 Millionen. Da der Import frei gegeben war, wurde zuviel an Luxuswaren eingeführt. Die Einfuhr von Pelzwerk z. B. stieg im Jahre 1946 auf 1902 t gegenüber 151 t im Jahre 1937. Verschiedene Schiffseigner und Grossexporteure hatten sich in den letzten Monaten die Praxis zugelegt, ihre Erträgnisse im Ausland zu belassen. Die Regierung hat nun rechtzeitig eingegriffen, es wurden Massnahmen getroffen, um ein Abgleiten in die Inflation zu verhindern und eine Verschiebung schwedischen Kapitals zu unterbinden."

"Wir sind entschlossen, unsere Positionen vorwärts zu tragen und unsere soziale Ausgleichspolitik fortzusetzen. Der neue Steuervorschlag der Regierung sieht Erleichterungen für 95 Prozent der Steuerzahler vor. Nur zwei Prozent werden von der Erhöhung betroffen. Diese zwei Prozent wehren sich gegen die Beschneidung ihrer Einkünfte und Vermögen durch eine hemmungslose Propaganda, die vor groben Irreführungen nicht zurückschreckt."

"Suchen die bürgerlichen Parteien nach einer Chance, die Regierung zu stürzen?"

"Gewiss! Sie möchten an die Macht kommen. Man wird aber kein Glück haben, Schweden hat die Nachkriegsprobleme, die auch viele andere Länder zu lösen hatten, gut bewältigen können. Es gab keine grossen sozialen Konflikte mit Ausnahme des Metallarbeiterstreiks 1944/45. Wir konnten das Preisniveau halten, die Gewerkschaften konnten auf dem Verhandlungswege die Reallohne des Jahres 1939 wieder erreichen. Wir stehen in Schweden durchaus gut da und werden über die gegenwärtige Krise schnell hinwegkommen."

"Die persönlichen Angriffe der bürgerlichen Presse gegen sozialdemokratische Minister und die aus verächtlichen Quellen fliessende Flüsterpropaganda ist ein bedenkliches Zeichen. Erinnerung diese Methoden nicht stark an das Stadium des Vorfaschismus in Zentraleuropa?"

"Leider ja," fällt Erländer ein, "als sozialdemokratische Partei werden wir uns trotzdem fest zu behaupten wissen. Unsere Versammlungen sind besser besucht als je zuvor, unsere Genossen sind sehr aktiviert."

"Ich habe mich viele Jahre meines Lebens mit sozialpolitischer Fragen beschäftigt. Soziale Fortschritte habe ich immer als ein kostbares Eigentum der ganzen Nation betrachtet. Ein Sozialdemokrat, dem das Wohl der grossen Mehrheit des Volkes am Herzen liegt, kann ja gar nicht andere denken. Nun werden wir deswegen angegriffen. Dass die reichsten Klassen von unserem Steuervorschlag nicht entzückt sind und ihn bekämpfen, kann ich verstehen. Was ich nicht guthiessen kann, ist, dass man sich dabei - auch die Presse - verwerflicher Methoden bedient. Dies zeugt von einem eigenartigen Patriotismus. Übrigens ist es in England und Norwegen nicht anders, auch dort werden die Arbeiterregierungen erbittert bekämpft. Aber ich habe doch den Eindruck, dass dort der Kampf sachlicher und in reineren Formen geführt wird. Nun, wir werden uns von unserem Wege deswegen nicht abbringen lassen. Die Sozialdemokratie hat schon schwerere Stürme überstanden".

Erländer ist aufgestanden und über den sonst so beherrschten Mann ist eine sichtliche Erregung gekommen.

"Wie ist die aussenpolitische Lage Schwedens?"

"Als kleines Land können wir nur geringe aussenpolitische Aktivität entfalten. Die Lösung der grossen europäischen und weltpolitischen Probleme ist die Aufgabe der Siegermächte. Inwieweit glaube ich, dass eine Ordnung der sozialen und ökonomischen Probleme Europas eine Voraussetzung für die politischen Probleme unseres Kontinents ist. Ich glaube daran, dass neben dem System des freien Privatkapitalismus und dem eines sozialen Totalitarismus eine dritte Alternative möglich ist: die des demokratischen Sozialismus. Ich glaube an diese dritte Alternative und wir schwedische Sozialdemokraten wollen uns auf diesem Wege vorwärts prüfen. Dies soll unser Beitrag zum Wiederaufbau des zerrütteten Europa sein. In dieser Frage hoffen wir aber auch auf die deutsche Sozialdemokratie, der wir vertrauen".

Bemerkung zur Wahl:

"Vornassung"

Das Schlagwort "Vornassung" ist nach der nazistischen Sintflut eines der billigsten. Am hartnäckigsten wird es von denen angewandt, die mangels jeder Masse politisch einsam sind und die, wie ihre Wahlanstrengungen beweisen, auf nichts eifriger als darauf hinarbeiten, aus dieser unfreiwilligen Vereinsamung herauszukommen. Der Widerspruch zeigt die ganze Verlogenheit dieses Schlagwortes. Sein letzter Ursprung ist die Flucht aus der Verantwortung gegenüber dem Nächsten. Sein besonderer Zweck besteht darin, das auf die Spitze getriebene egoistische Prinzip, freundlich als hoch zu verehrende 'freie Persönlichkeit' darpiert, auch in einer Demokratie hoffähig zu machen. "Vornassung" ist das klassische Schlagwort des politischen Heuchlers.

Sieben deutsche Zentralverwaltungen

Ein Beschluss von fragwürdigem Wert

B.B. Der bisher einzige konkrete Beschluss der Moskauer Ausschnittsterkonferenz war der zur Bildung von sieben deutschen Zentralverwaltungen.

Grundsätzlich ist dazu zu sagen, dass Zentralverwaltungen an sich das Problem der deutschen Einheit nicht zu lösen vermögen. Wenn es nicht möglich ist, die Wirtschaftseinheit zwischen den vier Besatzungszonen Deutschlands herbeizuführen, dann ist nicht einzusehen, welche praktischen Aufgaben einer neu zu schaffenden Zentralverwaltung für Wirtschaft zukommen könnten. Ein Beschluss über die Wirtschaftseinheit aber wird nach wie vor durch die Höhe der russischen Reparationsforderungen verhindert, deren Erfüllung auf eine einseitige Ausschöpfung der wirtschaftlichen Möglichkeiten der Westzonen durch Russland hinausläuft.

Zudem ist die Methode, durch die die Zentralverwaltungen ins Leben gerufen werden sollen, noch völlig ungeklärt. Die Mehrzahl der Mächte wünscht, dass es dem Kontrollrat in Berlin überlassen bleibt, zunächst eine zentrale Stelle für wirtschaftstragen einzusetzen, was vermutlich zur Folge hat, dass die Schaffung der Zentralverwaltungen grundsätzlich die Aufgabe des Kontrollrates bleiben soll. Jedermann weiss aber, wie schwierig es im Kontrollrat ist, auf der Basis der Einstimmigkeit eine Einigung zwischen den vier Grossmächten herbeizuführen. Wahrscheinlich wird noch eine lange Zeit vergehen, ehe in dieser schwierigen Frage eine solche Einigung erzielt werden kann.

Angenommen aber, es gelänge, sie zu schaffen: Welche Vollmachten können den Zentralverwaltungen zu? Dass der Kontrollrat, wie vorgesehen, die Zentralverwaltungen kontrollieren soll, sagt noch nichts darüber aus, ob sich die Zentralverwaltungen gegenüber den Oberkommandierenden der Besatzungsmächte in den verschiedenen Zonen durchzusetzen vermögen oder ob die Zentralstellen ein Anweisungsrecht gegenüber den Landesregierungen in allen Zonen haben werden. Dieses Problem ist bisher nicht einmal mit Bezug auf die Zentralämter für die britisch-amerikanische Zone gelöst, obwohl man es hier mit einer koordinierten britisch-amerikanischen Wirtschaftspolitik zu tun hat.

Unklar ist auch, auf welche Weise der deutsche Beratende Rat gebildet werden soll, der den Zentralverwaltungen drei Monate nach deren Einrichtung beigegeben werden soll. Vor allem aber besteht zwischen den Mächten keine Einigkeit in Bezug auf die Bildung einer provisorischen deutschen Regierung, die nach dem Moskauer Plan neun Monate nach Einsetzung des Beratenden Rats ihr Amt antreten soll. Die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes wünscht die Einsetzung einer solchen Regierung mit ausschliesslich demokratischen Mitteln, d.h. durch freie Wahlen in allen Zonen Deutschlands, einschliesslich der russischen Zone, wo es bisher keine freien Wahlen gibt und wo die stärkste und traditionell demokratischste Partei, die SPD, nicht einmal zugelassen ist.

Über alle diese Fragen müsste der Kontrollrat in Berlin entscheiden, und zwar, wie gesagt, mit Einstimmigkeit, denn der amerikanische Vorschlag auf Einführung von Mehrheitsbeschlüssen im Kontrollrat ist bisher nicht angenommen worden. Wie unendlich schwierig das bei den tiefen Gegensätzen zwischen den Auffassungen der einzelnen Mächte über die staatliche Regelung in Deutschland ist, liegt auf der Hand.

Es soll nun Aufgabe des Koordinierungsausschusses in Moskau sein, den Ausschnittsterkonferenz detaillierte Vorschläge zu machen, wobei für sie noch

die besondere Schwierigkeit zu lösen bleibt, die der französische Vorschlag, für das Rheinland und das Ruhrgebiet eine Sonderregelung zu treffen, geschaffen hat. Bleibt das Land an Rhein und an der Ruhr ausserhalb des „gemeinten“ Deutschlands, so verdient die gesamte Einheit diesen Namen nicht. Was mit den Gebieten östlich von Oler und Eisse geschieht, die ebenfalls ein unentbehrlicher Bestandteil Deutschlands sind, war bis zur Beschlussfassung über die künftigen deutschen Zentralverwaltungen ebenfalls noch ungeklärt. - Dass man in Deutschland unter solchen Umständen von diesem ersten und bisher einzigen Moskauer Ergebnis nicht begeistert, ja, nicht einmal sonderlich hoffnungsvoll gestimmt sein kann, ist nur natürlich.

Loyale Opposition

K.W. Berlin, Anfang April

Berlin hat wieder einmal mehr politisches Neuland gewonnen. Die Vorgänge um die Berliner Gewerkschaftswahl haben dazu den Anlass gegeben. Am Ende dieser Gewerkschaftswahl steht mit der Tatsache der „Unabhängigen Gewerkschaftsopposition“ eine neue politische Tatsache, die ebenso politisch wie gewerkschaftlich von grosser Bedeutung ist.

Man weiss, dass die Einheit der Gewerkschaften nach dem Zusammenbruch von 1945 nicht nur ein billiges politisches Schlagwort, sondern auch ein echter Wunsch der Arbeiterschaft gewesen ist. Fast mit Selbstverständlichkeit ist diese Forderung in den ersten Monaten der politischen und sozialen Neuordnung Wirklichkeit geworden. Die Skeptiker, die von dem Einheitsenthusiasmus der verblicheneren „Arbeitsfront“ ernüchert waren, liessen sich schliesslich auch belähren, dass sich Interessen der arbeitenden Schichten in einer Gewerkschaft am besten aufgehoben waren. Doch ihre Zweifel wurden wieder dort genährt, wo ein neuer politischer Totalismus sich einseitig den Gewerkschaften zu bemächtigen begann. Keine Frage, dass die Ostzone und Berlin auch hierin wieder für ganz Deutschland die beispielhaften Erfahrungen machen mussten.

Auf dem politischen Felde der Parteien konnten in offener Wahlordnung die Abhängigkeiten der Kommunisten den Wählern vor Augen gefädert werden - nicht aber in dem Menschengewirr der Wahlordnung, die für die Wahlen des FDGB-Vorstandes festgesetzt war. Hier sicherte die ausgesprochen un-demokratische Wahlordnung den Apparat, der nach dem Zusammenbruch autoritär eingesetzt worden war, von vornherein die weit überlegene Führung. Es hat Wochen vor der Wahl heftige Auseinandersetzungen um diese Wahlordnung gegeben, die die Alliierte Kommandantur lange beschäftigt haben, ohne dass doch den Forderungen nach einem freien demokratischen Wahlrecht der Gewerkschaftler volle Genüge getan würde.

Bewirkt haben diese Debatten, die notwendig spröde Verfahrensfragen statt der wirklichen politischen Hintergründe zum Gegensatz haben mussten, eine tiefgehende Müdigkeit der Gewerkschaftler für die Wahl selbst. Es war klar, dass die Voraussetzungen, hier die kommunistische Beherrschung des gewerkschaftlichen Apparates in voraus anzufechten oder gar anzustürzen, unglaublich ungünstiger lagen als auf dem politischen Felde. Vor allem mit dem Verbot, die Wahlkandidaten nach ihrer politischen Gruppierung zu bezeichnen, hatte sich der kommunistische Apparat seine sicherste Chance geschaffen. Die „Parteilosigkeit“, die in der kommunistischen Taktik von heute eine so grosse Rolle spielt, war hier der beste Tarnmantel für die Sicherung der kommunistischen Machtposition.

Es zeigte sich überall, dass selbst die der kommunistischen Tarnmethode entgegenkommende Wahlordnung in einem Verhältniswahlsystem zu einer ähnlich klaren Entscheidung geführt hätte wie die politische Entscheidung des Vorjahres am 20. Oktober. Die Arithmetik der Kommunisten aber wollte.

in den 47-köpfigen Vorstand des FDGB so etwa ein halbes Dutzend Vertreter der "Unabhängigen Gewerkschaftsopposition" (also der wesentlich sozialdemokratisch bestimmten) hineinwählen. Die "UGO" (Unabhängige Gewerkschafts-Opposition) jedoch parierte diesen Schlag gegen die Demokratie mit dem vollständigen Verzicht auf jede Mitwirkung im Vorstand des FDGB. Da dieser Entschluss der kommunistischen Leitung begreiflicherweise sehr unangenehm war, bot sie der UGO hinter den Kulissen 24% der Sitze an. Es war klar, dass die Opposition diesen Kuhhandel nicht folgte.

Sie bezieht nunmehr eine neue Stellung. Sie wird sich nicht aus dem FDGB lösen, um sich mit dem Odium der "Gewerkschaftsspaltung" belasten zu lassen. Da es nicht möglich ist, die Apparatur ihres eindeutigen Gesinnungsbereiches zu befreien, wird es notwendig werden, die wirkliche Stimme der Arbeiter- und Angestellten-Interessen unablässig durch das Medium der "loyalen Opposition" laut werden zu lassen. In diesem Sinne wird die "UGO" sich zum Sprecher der Forderungen dafür machen, dass deutsche Arbeitskräfte heute nicht als Reparationsgut betrachtet werden dürfen. Sie wird das sozialistische Gewissen des FDGB unablässig zur Stellungnahme zwingen, und sie wird nicht ruhen, für die wirklichen Anliegen der Arbeiterschaft einzutreten, wo etwa die totalitären Rücksichten der kommunistischen FDGB-Führung schweigen sollten. (b/B17/104/1/ze)

Zweierlei Mass

In der Schweiz fand ein politischer Verhandlungsprozess statt. Verurteilt wurde ein Redakteur der international bekannten Zeitschrift "Die Weltwoche". Der Prozess in seinen Einzelheiten braucht hier nicht zu interessieren. Wohl aber ein Satz, der sich in einem Bericht des "Volksrechtes", Zürich findet: "Niemand habe bestritten, dass die "Weltwoche" zu Beginn pronazistisch war. In den letzten zwölf Jahren sei ihre Haltung aber eindeutig gewesen und sie habe mitgeholfen, die geistige Landesverteidigung zu stärken".

Das scheint uns ein interessanter Satz. Einem Publikationsmittel von hohem Rang, von anerkanntem politischen Urteilsvermögen und mit weltweiten Orientierungsmöglichkeiten wird die politische Zuverlässigkeit bescheinigt, obwohl es "zu Beginn pronazistisch" war. In Deutschland hat es unzählige Fälle kleiner harmloser Pg's gegeben, die mit ihren anfänglichen Hitlersympathien in schlimmsten Verruf und ebenso bittere materielle Not gekommen sind, auch wenn sie sich später von Hitler abwandten. Das Risiko, das sie damit aber in Deutschland eingingen, berührte fast immer unmittelbar ihre und ihrer Familie Existenz.

In Ausland war es fast umgekehrt: Wer zu Hitler stand, geriet in Verruf und politische Vereinsamung, wer ihn ablehnte oder aufgab, passte sich nur der allgemeinen Meinung an. Ein Wechsel von Ja zum Nein zum Nationalsozialismus war dort alles andere als eine Heldentat. Und trotzdem sanktioniert das Ende dieses Weges seinen Anfang. Das sollte man bei Urteilsprüchen über eine gewisse Sorte von "alten" Nazis beachten, die sich nachgewiesenermaßen frühzeitig von Nationalsozialismus trennten. (n/1/94/1/ze)

Rechts oder links?

Diese alte und in der ganzen Welt gebräuchliche politische Unterscheidung ist zwar eine etwas summarische, doch auch sehr treffende Kennzeichnung eines jeweiligen politischen Standortes. Wenn man sagt: Der Mann steht rechts - oder; der Mann gehört zur Linken, dann weiss man schon viel über seine Grundeinstellung und man wird sich denken können, wie er zu dieser oder jener Frage steht.

Rechts standen und stehen die wirtschaftlich stärksten Interessenten- und Personengruppen, die Erbpächter nationalistischen und imperialistischen Denkens, die Kreise traditionsgebundener Orthodoxie, denen die Sehnsucht nach der Rettung möglichst vieler Vorrechte aus der Vergangenheit im Grunde sehr viel näher liegt als die nur unter schweren persönlichen Opfern mögliche Arbeit an einer wirklich neuen Zukunft. Links stehen und standen, mit einem Wort, die Gegner solcher Auffassungen.

Die Sozialdemokratie ist heute die einzige ausgesprochene Linkspartei Deutschlands, die gleichzeitig auf dem Boden einer auf persönlicher Freiheit aufgebauten, also echten Demokratie steht. Der Begriff der Rechten ist, mit gutem Grund, in Deutschland so schwer diskreditiert, dass nur eine kleine Partei es wagt, sich heute offen auch in ihrem Namen zu dieser Richtung zu bekennen. Parteien wie die CDU (oder CSU), die Heimatparteien in einzelnen Ländern (wie die NLP) oder die verschiedenen Gruppen der neu gegründeten Demokratischen Partei werden nach ihrer Zusammensetzung und Zielgebung selbst nicht ernsthaft beanspruchen können oder nur wollen, Linksparteien zu sein. Zumindesten in ihren Führungen haben die reaktionären, oder, wie sie selbst sie nennen, die konservativen Kräfte den Vorrang.

Niemand aber wird heute bestreiten können, dass die tiefere Ursache zu den beiden furchtbaren Katastrophen dieses Jahrhunderts in der Leidenschaft chauvinistischer Kräfte und der Bedenkenlosigkeit politischer und wirtschaftlicher Gross-Spekulanten lag. Es wäre offenkundiger Unsinn, zu sagen, dass diese Kräfte ihre politische Heimat auf der Linken gehabt haben. Im Gegenteil: Hätten die Führungen der Arbeiterbewegung das Heft in der Hand gehabt, wäre es zu diesen Katastrophen nicht gekommen.

Niemand behauptet andererseits, dass die Parteien, die heute einer noch etwas verschwommenen Rechten zuzurechnen sind, und die sich selbst aus naheliegenden Gründen zunächst noch "fortschrittlich" geben, Kriegsabsichten haben. Das wäre absurd. Aber sie sind nun einmal die Traditionsträger eben jener Kräfte, die in der Vergangenheit alles andere als prinzipielle Kriegsgegner waren. Nichts aber erscheint heute notwendiger als die vorbehaltlose Abkehr von allen den Erscheinungen und Ideen der Vergangenheit, die sich so drastisch und unwiderlegbar als unheilvoll erwiesen haben. Deshalb sollte die Wahl zwischen rechts und links nicht schwer fallen. (m/1/114/1/he)

Deutscher Kronprinz beantragt Rückgabe von Schloss Doorn

v.S. Amsterdam - Der ehemalige deutsche Kronprinz Friedrich Wilhelm hat, wie die holländischen Zeitungen melden, ein Gesuch an das niederländische Institut zur Verwaltung feindlichen Vermögens gerichtet, in dem er beantragt, ihn nicht als feindlichen Untertan zu betrachten, damit er seine Besitzungen in Holland (Schloss und Landgut Doorn, wo Exkaiser Wilhelm nach dem ersten Weltkrieg ein Asyl gefunden hat und 1941 gestorben ist) zurückernhalten könnte.

Schloss Doorn mit seinen kostbaren Gemälden und sonstigen ungezählten Kunstschätzen, deren Wert in die Millionen gehen soll, ist nach der Befreiung Hollands dem niederländischen Institut zur Verwaltung feindlichen Vermögens unterstellt worden. Der deutsche Exkaiser hat das Schloss in seinem Testament seinem ältesten Sohn vermacht, der jetzt in Württemberg wohnt.

In seinem Gesuch weist der ehemalige Kronprinz darauf hin, dass die holländische Regierung dem Exkaiser im Jahre 1918 Asylrecht gewährt habe, woraufhin unter dem Schutz dieses Rechts der Besitz des Exkaisers nach Holland gebracht wurde. Weiterhin erklärt der ehemalige Kronprinz, dass der Exkaiser nicht nur in keinem Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Partei gestanden, sondern gegen sie Stellung genommen habe. (b/116/1/104/he)

"..... schlägt den gesunden Menschenverstand ins Gesicht"

Auszug aus einem Artikel der in Paris erscheinenden Wochenzeitschrift vom 29.3.1947. Diese Zeitschrift wird herausgegeben von den politischen Kreis, der sich um die Tageszeitung "Le Monde" gruppiert und den man zu den bürgerlichen Demokraten zählen kann. "Une Semaine de Le Monde"

"Nach dem letzten Kriege, da Frankreich und England unvergleichlich strahlender, reicher und stärker waren, als heute, sahen die westlichen Demokratien nicht ohne Erstaunen, wie ihr Kreuzzug für Recht und Gerechtigkeit fast überall eine recht markwürdige Blüte absoluter Herrschaftsformen im Gefolge hatte. Glaubt man heute wirklich, es gäbe viele Deutsche unter 50 Jahren, die im Grunde ihrer Seele Weimar nachtrauern, oder neidische Blicke auf unsere Einrichtungen werfen? Es ist ganz schön, Deutschland daran hindern zu wollen, wieder seine mächtige Industrie aufzubauen, die sie schon einmal in den Dienst wahnwitzigen Machtrausches stellte. Aber die Industrie soll dennoch dazu dienen, die von Deutschen verursachten Schäden gutzumachen. Man muss verhindern, wieder Fehler auf Fehler zu häufen, auf dass Deutschland nicht daraus eines Tages abernals irgendeinen fürchterlichen Vorteil ziehe. Die deutsche Bevölkerung über all hinauszuwerden - 3 Millionen aus der Tschechoslowakei, 5 Millionen aus Polen, hunderttausende aus den baltischen oder Balkanstaaten - sie zusammenzupfuchen, auf einem Raum, der um ein Viertel beschnitten wurde, ihnen die ertragreichsten Agrargebiete wegzunehmen, die industrielle Produktion zu beschränken, bedeutende Reparationen von ihnen zu verlangen und dann noch zu glauben, die so hausenden 68 Millionen Menschen könnten den Geschmack an der persönlichen Verantwortung, der sinnvollen Arbeit, der internationalen Zusammenarbeit wiederfinden, ist ein Hohn und schlägt dem gesunden Menschenverstand ins Gesicht." (b/112/94/1/he)

Verantwortlich: i.V. Peter Raunau, Hannover.